

Deutsche Rüstungsexporte in der Diskussion

Willkommen zur zweiten Ausgabe von Friedensbildung AKTUELL! Mehrmals jährlich wird Ihnen dieses neue Periodikum Hinweise und Anregungen zur Friedensbildung an Schulen geben. Dabei werden aktuelle Diskussionen aufgegriffen, mit bewährten Methoden kombiniert und Bezüge zum Bildungsplan 2016 für Baden-Württemberg hergestellt. Außerdem finden Sie in jeder Ausgabe Informationen zu Angeboten der 2015 eingerichteten Servicestelle Friedensbildung.

Deutschland ist seit vielen Jahren unter den TOP 5 der Rüstungsexportländer weltweit. Die Rüstungslieferungen an andere Länder sind jedoch in Politik und Gesellschaft umstritten. Nachrichten über das Geschäft mit den Waffen beschäftigen auch Schüler*innen. Viele Zugänge zu diesem kontroversen Thema sind möglich und finden Anknüpfung an die Bildungspläne unterschiedlicher Fächer. Neben ethisch-moralischen und menschenrechtsorientierten Zugängen finden sich auch friedens- und sicherheitspolitische sowie wirtschaftliche Argumentationen in aktuellen politischen Diskursen. Auch naturwissenschaftliche Betrachtungen sind relevant, wenn es um *Dual-Use-Güter*, Zivilklauseln und Verantwortung der Wissenschaft und Forschung geht. Auf den folgenden Seiten finden Sie unterschiedliche Zugänge repräsentiert.

Eine Besonderheit dieser Ausgabe ist ein **Rollenspiel zum Download (S. 3)**, dessen Arbeitsaufträge und Rollenkarten frei verfügbar heruntergeladen und ausgedruckt werden können. In diesem Rollenspiel wird ein Dialogforum simuliert, in dem die Schüler*innen unterschiedliche politische, wirtschaftliche, ethische, wissenschaftliche sowie sicherheits- und friedenspolitische Argumente in einem zielorientierten Austausch diskutieren.

Hierdurch werden Schüler*innen angeregt, sich eine eigene Meinung zu diesem Thema zu bilden und Haltung zu beziehen.

Aufgrund der langen Geschichte deutscher Rüstungsunternehmen und -exporte, ist die Kontroverse um diese immer wieder Thema in Schule und Unterricht. Durch die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit ihren 17 Zielen (SDGs) gewinnt die Diskussion erneut an Brisanz. So visiert Ziel 16 etwa Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen an. Darin findet die Eindämmung *illegaler* Waffenströme konkret Erwähnung. Die Bundesregierung will zudem effektive Rüstungs- und Endverbleibskontrollen deutscher Lieferungen verbessern.* Wie diese sich ausgestalten werden und welche Rolle Forderungen nach Rüstungsexportgesetzen, Rüstungskonversion oder Rüstungsverbot dabei spielen werden, bleibt zu beobachten.

* Bericht der Bundesregierung zum High-Level Political Forum on Sustainable Development 2016, S. 50 f.



Paolo Calerri: Exportpolitik. 2014.

Bildungsplanbezug (BP)

BP 2004 – Allg. bildendes Gym.: GK, Kursst. (4-std.), 4. Intern. Beziehungen (IB) u. Intern. Politik;
BP 2004 – Realschule: EWG, Kl. 10, 6. Friedens- u. Zukunftssicherung in der Einen Welt;
BP 2012 – Werkrealschule: WZG, Kl.10, Macht u. Herrschaft; BP 2016 – Gym.: GK, Kl. 11/12,
2-std. – 3.2.1 IB, 4-std. – 3.3.4 IB; Oberstufe Gemeinschaftsschulen: GK, Kl.12/13, 2-std. – 3.2.1
IB, 4-std. – 3.3.4 IB. Weitere Anknüpfungen in Fächern wie z. B. Religion und Ethik möglich.

Nächste Ausgabe

ABO

Friedensbildung
AKTUELL

Thema: Friedensbildung im
neuen Bildungsplan 2016 BW



Bundestagswahl 2017

Aussagen zum Thema Rüstungsexport in den Wahlprogrammen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

„Der Verkauf von Waffen und Rüstungsgütern in Regionen mit Krisen und Konflikten verschärft diese, statt sie einzudämmen und zu lösen. (...) Das wirtschaftliche Interesse einzelner Unternehmen übertrumpft in der Abwägungsentcheidung der Bundesregierung das Interesse an Krisenprävention und Konfliktlösung. Damit muss endlich Schluss sein. Deshalb werden wir mit einem Rüstungsexportgesetz gesetzlich verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an strenge Kriterien geknüpft und massiv begrenzt wird. Der Endverbleib muss gesichert sein. (...) Rüstungsverkäufe in Konfliktgebiete und Länder, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, müssen endlich ausnahmslos gesetzlich verboten werden. Die Rüstungsexportkontrolle muss vom Wirtschaftsministerium ans Auswärtige Amt übertragen und durch umfassende parlamentarische Kontrolle reguliert werden. (...)“

Die Linke


„Unsere internationale Politik zielt auf Frieden, Abrüstung und Entmilitarisierung. (...) Unser Ziel ist, dass Rüstungsexporte verboten werden und die gesamte Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland eingestellt wird. Wir wollen mit gesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern aus Gewerkschaften, Friedensbewegung und Kirchen Konversionsprogramme für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie entwickeln, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. (...) Deutsche Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall müssen gezwungen werden, ihre Rüstungsproduktion in Saudi-Arabien einzustellen. (...) DIE LINKE unterstützt die Initiative für ein sogenanntes Zivilsteuergesetz. Damit wäre, entsprechend dem Gewissensschutz, die Möglichkeit gegeben, dass jede Bürgerin und jeder Bürger die Möglichkeit hätte, einer Verwendung seiner Steuern für militärische Zwecke zu widersprechen.“

FDP

„Wir Freie Demokraten wollen keine Waffenlieferungen in Krisengebiete. Denn Rüstungsexporte in Konfliktregionen können bereits instabile Regionen noch weiter destabilisieren. (...) Es sollte deshalb auch für die Zukunft Grundpfeiler deutscher Außenpolitik sein, Rüstungsexporte in Konfliktregionen auszuschließen. Die Entscheidung über Rüstungsexporte soll auch weiterhin durch die Bundesregierung erfolgen als Teil ihrer exekutiven Kernaufgaben. Jedoch fordern wir, dass ein Rüstungsexportgesetz die bestehenden nationalen, europäischen und internationalen Exportrichtlinien deutlich präzisiert und dadurch zu mehr Transparenz im Regierungshandeln und zu besserer Beteiligung des Deutschen Bundestags führt.“

SPD

„Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung sowie die Bereitschaft und der ernsthafte Wille zur Rüstungskontrolle und zur umfassenden Abrüstung sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Deshalb werden wir einen neuen Anlauf für Entspannung und Abrüstung unternehmen. (...) Dazu wollen wir einen Dialog mit allen Verbündeten und Partnern starten, die für die Sicherheit unseres Kontinents Verantwortung tragen. Um diese Ansätze glaubhaft umsetzen zu können, ist die Eindämmung der Rüstungsexporte zwingend. (...) Wir werden eine Gesetzesinitiative zur Änderung der Rüstungsexportpolitik Deutschlands einbringen. Sie wird ein grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und vergleichbaren Ländern enthalten. Zugleich treten wir für eine einheitliche restriktivere Rüstungsexportpolitik in Europa ein. Auch setzen wir uns für eine stärkere Begrenzung von Rüstungsexporten auf Ebene der EU ein.“

*Zum Thema „Rüstungsexporte“ findet sich keine explizite Aussage im Bundeswahlprogramm 2017 sowohl der **AfD** als auch der **CDU** wieder.* 

Aufgabenstellung

1) Lesen Sie die Auszüge der auf dieser Seite zitierten Wahlprogramme. Arbeiten Sie jeweils die zentrale Aussage zu Rüstungsexporten einer Partei heraus. Formulieren Sie diese jeweils in einem Satz.

Wie argumentieren die Parteien? Notieren Sie Ihre Ergebnisse in Stichworten.

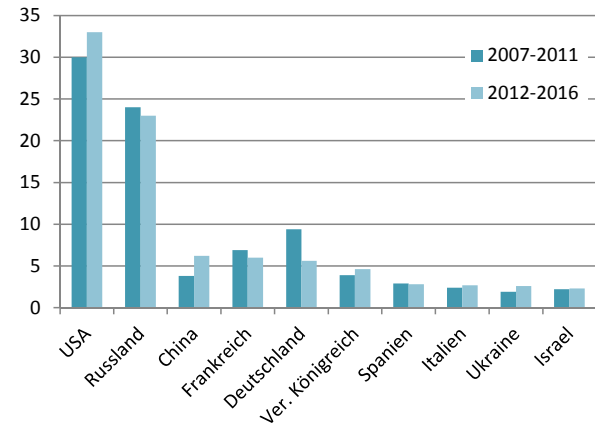
2 a) Überlegen Sie, welche Gründe es dafür geben könnte, dass CDU und AfD Rüstungsexporte in ihren Wahlprogrammen nicht erwähnen.

2 b) Besprechen Sie Ihre Ergebnisse in der Klasse. Was fällt Ihnen in der Gesamtschau auf?



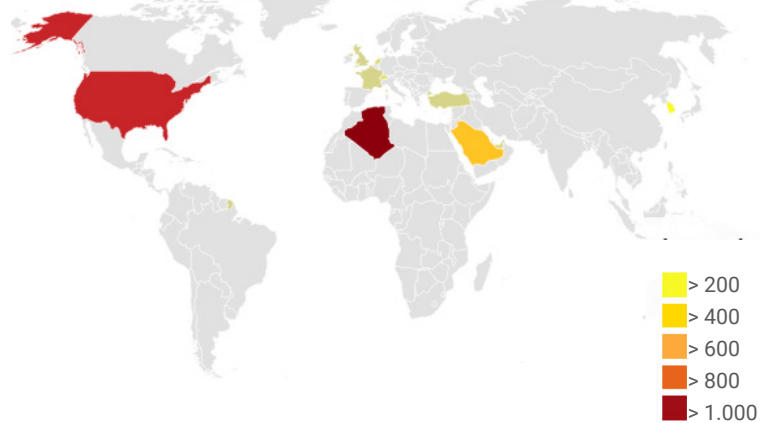
Deutsche Rüstungsexporte weltweit

M1 Länder mit dem größten Anteil am weltweiten Rüstungsexport (Großwaffen) in %



Quelle: Eigene Darstellung. Vgl. Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) (Hrsg.), SIPRI Fact Sheet February 2017, S. 2.

M2 Die 10 wichtigsten Bestimmungsländer für deutsche Rüstungsexporte in Millionen Euro



Quelle: Eigene Darstellung. Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.): Bericht der Bundesregierung im ersten Halbjahr 2016, S. 22.

M3 Saudi-Arabien

„Saudi-Arabien ist zahlreichen Abrüstungsverträgen beigetreten. Problematisch ist jedoch der Nichtbeitritt zur Anti-Personenminen-Konvention. Auch einigen zentralen internationalen Verträgen im Bereich der Menschenrechte ist Saudi-Arabien nicht beigetreten. Die Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien ist entsprechend schlecht, denn grundlegende Menschen- und Bürgerrechte werden missachtet. Auch Meinungs- und Pressefreiheit werden stark unterdrückt [...]. Die politische Lage in der Golfregion ist angespannt. Neben dem arabisch-israelischen Konflikt der einen großen Einfluss auf die innenpolitischen Entwicklungen der Golfstaaten hat, existieren zahlreiche bilaterale Konflikte, wie beispielsweise zwischen Saudi-Arabien und dem Iran sowie Saudi-Arabien und dem Jemen.“

Quelle: BICC&GKKE: Saudi-Arabien. Informationsdienst 2016

Aufgabenstellung

- 1) Analysieren Sie die Grafiken M1 und M2 mit Blick auf den deutschen Rüstungsexport. Identifizieren Sie die auf der Karte markierten Bestimmungsländer. Notieren Sie Ihren Kenntnisstand bzgl. der politischen Situation in diesen Ländern. Welche Folgen könnten Rüstungsexporte in diese Länder haben?
- 2) Saudi-Arabien importiert deutsche Waffen. Arbeiten Sie mithilfe von M3 die Lage in Saudi-Arabien im Rahmen von Rüstungsexporten heraus. Recherchieren Sie, in welche regionalen Konflikte Saudi-Arabien aktuell involviert ist. Bewerten Sie die deutschen Rüstungsexporte an Saudi-Arabien vor diesem Hintergrund und M3.
- 3) Fällt Ihre Bewertung anders aus, wenn es um deutsche Rüstungsexporte an die USA geht? Nehmen Sie persönlich Stellung.

Rollenspiel:

Die zukünftige Handhabung deutscher Rüstungsexportpolitik wird mit Akteuren aus Politik und Zivilgesellschaft diskutiert.



Vergleichen Sie die folgenden Meinungen mit Ihrer eigenen Position und führen Sie weitere Argumente an.

Lisa, 17 Jahre

Ich würde für ein Rüstungsunternehmen arbeiten, wenn ich weiß, dass ich Verantwortung für eine Familie trage und Kinder ernähren muss.

Ramin, 18 Jahre

Ich würde für ein Rüstungsunternehmen arbeiten, weil Waffen nicht zwangsläufig zum Töten benutzt werden müssen. Zum Beispiel beschützen Wildhüter bedrohte Tierarten vor Wilderern. Andererseits stellen Rüstungsunternehmen auch Schutzkleidung her.

„Würdest du für ein Rüstungsunternehmen arbeiten?“

Toni, 17 Jahre

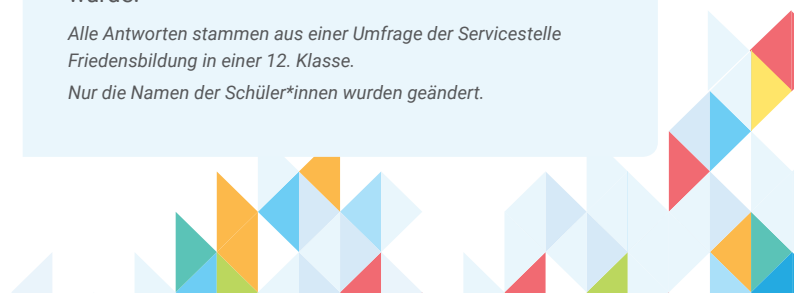
Ich würde nicht für ein Rüstungsunternehmen arbeiten, weil es eine einfache Möglichkeit ist, passiv zum Frieden beizutragen.

Alessya, 18 Jahre

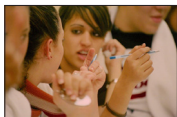
Ich würde nicht für ein Rüstungsunternehmen arbeiten, weil man hinter seinem Job/Produkt stehen würde.

Alle Antworten stammen aus einer Umfrage der Servicestelle Friedensbildung in einer 12. Klasse.

Nur die Namen der Schüler*innen wurden geändert.



Aktuelles aus der Servicestelle



Angebot Schuljahr 2017/2018: Teamer*innen der Servicestelle führen auf Anfrage den Workshop „Peace Counts“ an Schulen durch. Schüler*innen lernen

auf 29 Postern präsentierte Friedensmacher*innen aus Krisen- und Konfliktregionen kennen, deren Ansätze und Herausforderungen in ihrer Arbeit vor Ort. Dabei setzen sich die Schüler*innen selbst mittels friedenspädagogischer Zugänge mit Themen wie Gewalt(freiheit), Konflikt(bearbeitung) und Frieden(svisionen) auseinander.

Buchung und Kontakt

„Was passiert in Nordkorea?“



Prof. Rüdiger Frank, Nordkoreaspezialist, hat in einem Interview

mehrere Fragen von Kindern und Jugendlichen zum Thema Atomwaffen und Raketen in Nordkorea sowie zum Konflikt zwischen USA und Nordkorea beantwortet. Das ist im Bereich „Atomwaffen“ auf der Website www.frieden-fragen.de zu finden. Auf dieser Website können sich Kinder und Jugendliche altersgerecht über Krieg, Frieden, Konflikt, Flucht, Vielfalt, etc. multimedial informieren.

zur Website

Aktuelles aus der Wissenschaft



Jährlich wird von fünf deutschen Friedens- und Konfliktforschungsinstituten das Friedensgutachten herausgegeben. Zur diesjährigen Ausgabe heißt es in der Pressemitteilung:

„Im ‚Friedensgutachten 2017‘, das am 30. Mai in Berlin vorgestellt wird, fordern die fünf führenden deutschen Friedens- und

Konfliktforschungsinstitute mehr humanitäre Hilfe und eine internationale Debatte über Schutzzonen. Deutsche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien aber auch in die Türkei verurteilen die Herausgeber angesichts der Konflikte in der Region scharf.“

zur Bestellung

Redaktion

Claudia Möller, Fachreferentin und Leiterin Servicestelle Friedensbildung

Julia Oschinski, Projektassistenz Friedensbildung, Berghof Foundation

Karim Abada, ehem. Praktikant der Servicestelle Friedensbildung

Jana Nordbruch, ehem. Praktikantin der Servicestelle Friedensbildung

Über die Servicestelle

Die Servicestelle Friedensbildung wurde zum August 2015 bei der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) Baden-Württemberg eingerichtet. Grundlage ist die »Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in den baden-württembergischen Schulen«, unterzeichnet am 30. Oktober 2014 vom damaligen Kultusminister Andreas Stoch zusammen mit 17 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Institutionen aus dem Bereich der christlichen Kirchen, der Gewerkschaften sowie der Friedensbewegung und -pädagogik.

Aufgabe der Servicestelle ist es, Friedensbildung schulform- und fachübergreifend mit Angeboten für die Schulen zu stärken. Hierzu stellt sie Unterrichtshilfen, -vorschläge und -anregungen sowohl in gedruckter wie auch digitaler Form bereit, bietet Lehrkräftefortbildungen an sowie unterschiedliche Veranstaltungsformate zur Durchführung in Schulen oder auch andernorts. Darüber hinaus berät und unterstützt sie Lehrkräfte hinsichtlich aller Themen rund um Friedensbildung und vermittelt Kontakte zu Netzwerkpartner*innen.

Kontakt

Claudia Möller, Fachreferentin und Leiterin Servicestelle Friedensbildung Baden-Württemberg

Landeszentrale für politische Bildung, Tagungszentrum »Haus auf der Alb«, Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach

Tel.: +49 - (0)7125 - 152 - 135

E-Mail: claudia.moeller@lpb.bwl.de

www.friedensbildung-bw.de

Gemeinsame Träger der Servicestelle

Berghof Foundation

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB)

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg